

Wie lange darf man in zweiter Reihe parken? – Gar nicht!!!

von Kerstin Beurich, Vorsitzende der SPD-Fraktion Lichtenberg

Das dürfen nur Taxifahrer, um Fahrgäste ein- oder aussteigen zu lassen (und auch nur, wenn der Verkehr dabei nicht behindert wird), das kann man nachlesen in § 12 Abs. 4 der Straßenverkehrsordnung (StVO).

Wer das Warnblinklicht einschaltet, macht es möglicherweise noch etwas teurer: Denn es soll nur eingeschaltet werden, wenn ein Fahrzeug unfreiwillig steht (Panne, Unfall etc.). Das **Verwarnungsgeld beträgt bis zu 20 €** für Halten in zweiter Reihe. Dauert es länger als 15 Minuten und behindert zusätzlich den Verkehr kostet es **35 € plus 5 € Verwarnungsgeld** für das sogenannte „missbräuchliche Einschalten der Warnblinkanlage“.

Dennoch ist Halten in zweiter Reihe eine **weit verbreitete Unsitte** auf unseren Straßen. Wir haben deshalb einen Antrag in die BVV am 20.04.05 eingebracht, der das Be-

zirksamt ersucht, bei den Außendienstmitarbeitern des Ordnungsamtes darauf hinzuwirken, dass das Parken in zweiter Reihe stärker geahndet wird. **Denn Halten in zweiter Reihe ist kein Kavaliersdelikt!** Durch dieses ordnungswidrige Verhalten werden sowohl die Anwohner und Passanten durch Lärm und Abgase zusätzlich belastet als auch die Sicherheit der anderen Verkehrsteilnehmer stark beeinträchtigt. **Am teuersten wird es, wenn durch das Ausweichen des fließenden Verkehrs ein Unfall passiert.** Dann kann man, je nach Situation, als Falschparker auch eine Mithaftung zugesprochen bekommen. Dies alles sind Gründe genug, um mit unserem Antrag das Ordnungsamt gegen diese Unsitte zu mobilisieren! **Wir hoffen aber auch auf die Einsicht der Bürgerinnen und Bürger.** Dieser Artikel soll dazu einen kleinen Beitrag leisten.

Große Erfolge – klein gemeldet

Mehr Sicherheit beim Gang zum Amt!

In einer Vorlage zur Kenntnismahme zu einem Antrag der SPD-Fraktion für die BVV am 20.04.05 teilte das Bezirksamt mit, dass **neun Defibrillatoren (Geräte gegen den plötzlichen Herztod)** für alle Bürodienstgebäude mit starkem Publikumsverkehr, die Bürgerämter und das Sozialamt beschafft wurden. Sie befinden sich in

- der **Möllendorffstr. 6** (Rathaus),
- der **Frankfurter Allee 187**,
- der **Alfred-Kowalke-Str. 24**,
- der **Große-Leege-Str. 103** (Bürgeramt),
- der **Matenzeile 26 u. 28**,
- der **Egon-Erwin-Kisch-Str. 106** (Bürgeramt),
- der **Mellenseestr. 34** (Bürgeramt)
- und am **Anton-Saefkow-Platz 4** (Bürgeramt).

Da der Einsatz dieser Geräte bei Kammerflimmern innerhalb von 5 Minuten gewährleistet werden muss, wurden bereits 80 Ersthelfer der Bezirksverwaltung vom Deutschen Roten Kreuz in die Anwendung der Geräte eingewiesen. Zusätzlich werden alle Mitarbeiter der betreffenden Dienstgebäude in Informationsveranstaltungen über die Anwendung der Geräte instruiert.

Schulung für das Ordnungsamt - Gegen rechts!

In einer Vorlage zur Kenntnismahme zu einer entsprechenden Initiative der SPD-Fraktion vom 15.12.04 berichtete das Bezirksamt, dass Mitarbeiter der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus im ersten Halbjahr 2005 die Mitarbeiter des Ordnungsamtes darin schulen werden, rechtsextreme Symbolik besser zu erkennen.

Ein schöner Erfolg für die SPD-Fraktion im Kampf gegen Rechts!

„110 Jahre Karlshorst“ Internationales Volksfest am Deutsch-Russischen Museum

am **7. Mai 2005** von 15.00 bis 20.00 Uhr
(rund um die Zwieseler Str. 4)

Großes Straßenfest auf der Treskowallee

am **21. und 22. Mai 2005** jeweils ab 10.00 Uhr

Der Ehrliche ist nicht der Dumme! –

Alle Kräfte bündeln im Kampf gegen Schwarzarbeit

von Matthias Traub, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen der SPD Lichtenberg

So lautete das Motto einer Diskussionsveranstaltung, die wir am 26.04.05 gemeinsam mit der SPD-Fraktion Lichtenberg als öffentliche Fraktions-sitzung im Ratssaal des Rathauses Lichtenberg durchgeführt haben.

Als sach- und fachkundige Gäste haben wir dazu die Berliner Justizsenatorin Karin Schubert und Ansgar Menke von der neu geschaffenen Abteilung „Finanzkontrolle Schwarzarbeit“ des Zoll eingeladen. Kerstin Beurich wies in der Einführung darauf hin, dass Schwarzarbeit kein Kavaliersdelikt ist, sondern eine Straftat darstellt. Dem stimmte die Senatorin vorbehaltlos zu. Die Einnahmen der Finanzkontrolle Schwarzarbeit deckten 2004 **Schäden in Höhe von 475 Mio. €** auf. Dazu zählen nicht gezahlte Steuern, Sozialversicherungsabgaben, Mindestlöhne, Urlaubskassenbeiträge und erschlichene Sozialleistungen. In über 91.000 Fällen wurden Straf-

verfahren und in über 52.000 Fällen Bußgeldverfahren eingeleitet. Damit hat sich allein die Zahl der Strafverfahren mehr als versiebenfacht. **Das Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und die Reformen der Bundesregierung zeigen also Wirkung.** Im Vergleich zum Jahr 2003 ist die Schattenwirtschaft 2004 um

3,8 Prozent von 370 auf 356 Milliarden Euro gesunken. Damit ist die Schwarzarbeit in Deutschland erstmals seit 1975 zurückgegangen. Ansgar Menke führte uns dennoch drastisch vor Augen, welche Auswirkungen die Schwarzarbeit auf den Arbeitsmarkt hat: Allein im Jahr 2003 entsprach sie einem Umfang von **ca. 9,3 Mio. Vollzeitstellen!** Es besteht



Das Podium von links nach rechts:
Matthias Traub, Kerstin Beurich, Karin Schubert, Ansgar Menke

demnach ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Schwarzarbeit auf der einen und Arbeitslosigkeit auf der anderen Seite. Dennoch zeigt noch immer mehr als die Hälfte aller Deutschen Verständnis dafür, dass Privatleute Schwarzarbeiter beschäftigen. Das ergab eine repräsentative Umfrage der

Forschungsgruppe Wahlen. Durch die Großkontrollen der Finanzkontrolle Schwarzarbeit und die Erfolge der Anti-Korruptionsstelle der Senatsverwaltung für Justiz wird die Problematik der Schwarzarbeit allerdings einer immer größer werdenden Öffentlichkeit bewusst. Und das war im Übrigen auch ein Ziel unserer Veranstaltung. **Die**

Mentalität der Menschen muss sich ändern, damit Schwarzarbeit der Nährboden entzogen wird. Jeder, der einer illegalen Beschäftigung nachgeht muss wissen, dass er nicht nur sich (z.B. weniger Rente im Alter), sondern auch der Allgemeinheit erheblichen Schaden zufügt. **Allerdings muss die Politik auch dafür Sorge tragen, dass der Arbeitsmarkt entbürokratisiert wird und die Lohnnebenkosten nach Möglichkeit reduziert werden,** um legale Arbeitsverhältnisse attraktiver zu machen.

Ich hoffe, dass wir mit unserer Veranstaltung vor Ort Überzeugungs- und Aufklärungsarbeit darüber leisten konnten, dass Schwarzarbeit ein ernsthaftes gesellschaftliches Problem ist, dessen Bekämpfung einen langen Atem erfordert.

Wir sind auf einem guten Weg!

Das ist der Gipfel! – Kinder reden, Erwachsene hören zu!

von Erik Gührs, Vorsitzender der Abteilung 1 in der SPD Lichtenberg

Der Kindergipfel der Naturfreundejugend Deutschlands ist eine alle zwei Jahre stattfindende Veranstaltung für ca. 100 Kinder und Jugendliche zwischen 12 und 15 Jahren, die Forderungen und Selbstverpflichtungen für eine lebenswerte Zukunft erarbeiten und diese mit Politikern öffentlichkeitswirksam diskutieren.

Zur Zeit suchen die Veranstalter noch einen Ausrichtungsort für den Kindergipfel 2006. Bewerben können sich Kommunen, die mit der Umsetzung der Lokalen Agenda 21 begonnen haben und denen die

Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen ein besonderes Anliegen ist. Die SPD-Fraktion hatte deshalb einen Antrag in die BVV am 20.04.05 eingebracht, der das Bezirksamt ersucht, zu prüfen, ob der Lichtenberg vom 25.05.-28.05.2006 den Kindergipfel ausrichten kann. Dieser wurde in den Haushaltsausschuss überwiesen. Einer positiven Prüfung soll dann die Bewerbung folgen. Der Kindergipfel würde bestens in das Konzept Lichtenbergs als „Kinder- und Familienfreundlicher Bezirk“ passen. Als inoffizielle Kinderhauptstadt Deutschlands würde diese Veranstaltung dem Bezirk einen

bundesweiten Imagegewinn bringen, da die Veranstalter unseren Bezirk u.a. als Ausrichter in allen Veröffentlichungen nennen würden.

Impressum:
Herausgeber: SPD-Fraktion
in der BVV Lichtenberg,
Möllendorffstr. 6, 10367 Berlin,
Tel.: 57795448 Fax: 57795449
e-mail: fraktion@spd-lichtenberg.de
web: www.spd-lichtenberg.de
V.i.S.d.P.: Kerstin Beurich
Redaktion und Satz:
Kerstin Beurich, Kurt Hemmerlein,
Boris Schymetzko